NIEDERSCHRIFT UDF/0012/2017

über die Sitzung des **Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten der Stadt Billerbeck** am 30.11.2017 im Sitzungssaal des Rathauses.

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brockamp

Ausschussmitglieder:

Frau Heike Ahlers

Vertretung für Herrn
Andreas Groll

Herr Bernd Kösters

Herr Dr. Wolfgang Meyring

Vertretung für Herrn
Andreas Ueding

Frau Sarah Bosse

Herr Thomas Walbaum

Herr Ralf Flüchter

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Frau Dr. Anne-Monika Spallek

Frau Bernadette Branse

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks

Herr Hubertus Messing

Herr Gerd Mollenhauer

Herr Rainer Hein

Herr Jürgen Erfmann

Frau Birgit Freickmann

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:15 Uhr

Herr Brockamp stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Erlass der Satzung der Stadt Billerbeck zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gemäß § 64 LWG NRW**

Herr Hein erläutert den Sachverhalt. Auf die Sitzungsvorlage zum Bezirksausschuss und die Niederschrift wird verwiesen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Erlass der Satzung der Stadt Billerbeck zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gemäß § 64 LWG NRW mit Alternative A wird beschlossen.

Stimmabgabe: 7 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

2. Gebührenbedarfsberechnung 2018 für die Abfallbeseitigung

Frau Lammers erläutert den Sachverhalt unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

- a) Die der Sitzungsvorlage beigefügte Nachkalkulation für die Gebührenbedarfsberechnung 2016 wird zur Kenntnis genommen und beschlossen. Die entstandene Überdeckung wird dem bilanziellen Sonderposten für Gebührenaussgleich zugeführt.
- b) In Anwendung des § 6 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes werden die in dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich enthaltenen Überschüsse aus Vorjahren in Höhe von 11.300 € entnommen und als Ertrag in der Gebührenbedarfsberechnung 2018 berücksichtigt.
- c) Die in der Anlage beigefügte Gebührenbedarfsberechnung 2018 wird zur Kenntnis genommen.
- d) Die Abfallbeseitigungsgebühr wird wie folgt festgesetzt:
 - 1) Für ein 80-l-Gefäß für Restmüll bei 4-wöchentlicher Entleerung
132,60 €
 - 2) Für ein 120-l-Gefäß für Restmüll bei 4-wöchentlicher Entleerung
178,80 €
 - 3) Für ein 240-l-Gefäß für Restmüll bei 4-wöchentlicher Entleerung
318,00 €
- e) Die Gebühr für einen schwarzen Restmüllsack (80 l) wird auf 5,00 € festgesetzt.
- f) Die 11. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgung in der Stadt Billerbeck wird beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

3. **Gebührenbedarfsberechnung für die Straßenreinigung 2018 in der Stadt Billerbeck**

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

- a) Die Abrechnung der Gebührenrechnung 2016 wird zur Kenntnis genommen und beschlossen. Der Überschuss von 1.445,26 € wird dem Sonderposten für Gebührenaussgleich zugeführt.
- b) Die Gebührenbedarfsberechnung 2018 wird zur Kenntnis genommen und beschlossen. Der Gebührensatz je Frontmeter bleibt unverändert bei 1,59 €.

Stimmabgabe: einstimmig

4. **Bericht über Verschneidungsflächen**

Herr Mollenhauer berichtet, dass der Kreis Coesfeld digitale Daten über festgestellte Fremdnutzungen auf dem Gebiet der Stadt Billerbeck zur Verfügung gestellt habe. Parallel dazu habe das Naturschutzzentrum an dem Thema gearbeitet und ökologisch wertvolle Flächen ausfindig gemacht. Die Flächendaten seien zwischen der Stadt und dem Naturschutzzentrum ausgetauscht worden. Gemeinsam mit dem Naturschutzzentrum seien Patenschaften und Urkunden entwickelt worden.

Frau Dirks ergänzt, dass es z. B. eine Patenschaft für eine größere Fläche in Hamern gebe. Sie habe mit dem Paten, Herrn Dr. Kröger abgestimmt, dass vor der nächsten Sitzung dieses Ausschusses eine Ortsbesichtigung stattfinde, damit sich die Ausschussmitglieder vor Ort von den durchgeführten Maßnahmen überzeugen können.

Herr Mollenhauer weist noch einmal darauf hin, dass mit dem zur Verfügung stehenden Personal eine Aufarbeitung des Themas in diesem Jahr nicht möglich gewesen sei. Er gehe davon aus, dass im nächsten Jahr verstärkt hieran gearbeitet werde und insbesondere die Arbeit des Naturschutzzentrums weiter unterstützt werden könne. In der Vergangenheit seien aber bereits im Zusammenhang mit der Grenzfeststellung beim Neuausbau von Wegen fremdgenutzte Flächen einer Bewirtschaftung im Sinne des Artenschutzes zugeführt worden. Außerdem seien in der Innenstadt verschiedene Beete in Staudenbeete umgewandelt worden. Man sei auf dem Weg, öffentliche Pflanzflächen in pflegearme Flächen umzugestalten. Dabei müsse man aber auch die Bauhofmitarbeiter miteinbeziehen. Aus diesem Grund finde am 20. Februar 2018 ein Schulungstermin statt, bei dem eine Strategie entwickelt werden soll, die dann in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses im April nächsten Jahres vorgestellt werden soll.

Bei der Gelegenheit würden auch Vorschläge für den Umgang mit Pflanzbeeten in den Wohngebieten unterbreitet, insbesondere für Pflanzbeete, für die keine Patenschaften bestehen, damit sich die Anlieger darauf einstellen können. Es sei nicht möglich, Pflanzbeete in Wohngebieten mehrfach im Jahr zu pflegen.

Herr Flüchter stellt zunächst richtig, dass nicht nur Frau Dr. Spallek in dieser Angelegenheit nachgefragt habe, sondern es eine Reihe von Anfragen gegeben habe. Außerdem sei er sehr verärgert, dass seit dem Ratsbeschluss in 2015 in dieser Angelegenheit nichts passiert sei. Es könne doch nicht sein, dass immer die Anträge der Grünen hinten runterfallen, das sei eine Frage der Prioritäten.

Frau Dirks entgegnet, dass man keine Prioritäten mehr setzen könne, weil mit dem vorhandenen Personal viele Projekte abgearbeitet werden müssen. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen sei bereits darauf hingewiesen worden, dass der Fachbereich Planen und Bauen um eine Stelle aufgestockt werde. Die Stelle werde voraussichtlich Anfang nächsten Jahres besetzt.

Frau Dr. Spallek weist darauf hin, dass sich der o. a. Bericht des Herrn Mollenhauer nicht auf Verschneidungsflächen bezogen habe. Seit 1 ½ Jahren sei diesbezüglich nichts passiert und die eingestellten Mittel in Höhe von 5.000,- € würden verfallen. Diese Mittel sollten für die Beauftragung eines externen Büros zur Verfügung gestellt werden. Für Billerbeck sei es ein Armutszeugnis, dass nichts gemacht werde.

Herr Mollenhauer legt dar, dass es nicht mit einem pauschalen Anschreiben an alle Eigentümer, die städt. Flächen überackern, getan sei. Seitens des Naturschutzzentrums sei darauf hingewiesen worden, dass diese Flächen schon intensiv betreut werden müssten. Insofern wäre es besser, wenn man sich die Flächen stückweise vornehme.

Herr Flüchter erwidert, dass genau das gewollt sei.

Frau Dr. Spallek ergänzt, dass man schon ein großes Stück weiter wäre, wenn zumindest die größten Flächen beschrieben worden wären. Sie hätten nicht gesagt, dass alle Eigentümer angeschrieben werden sollen.

Frau Bosse äußert Verständnis dafür, dass es personelle Engpässe geben kann. Auf der anderen Seite frage sie sich aber auch, warum Personal manchmal völlig unsinnig gebunden werde, wie z. B. bei der Pflege von Pflanzbeeten. Kürzlich hätten Bauhofmitarbeiter diese unsinnigerweise vom Laub befreit und Stauden beschnitten, anstatt dies im Frühjahr zu erledigen. Da hätte man sich den Arbeitsaufwand sparen können.

Frau Dirks führt an, dass man Bewusstsein dafür entwickeln müsse, dass nicht immer alles ordentlich ist. Man befinde sich in einem Prozess und müsse die Menschen mitnehmen.

Herr Kösters bringt zum Ausdruck, dass er den Unmut verstehe, wenn ein Ratsbeschluss nicht ausgeführt wird. Andererseits wolle er aber auch eine Lanze brechen für die Verwaltung. Herr Mollenhauer habe bereits im Vorfeld erwähnt, dass die Umsetzung des Antrages in diesem Jahr nicht möglich sei, weil die Mitarbeiterin in Mutterschutz gehe. Und wenn über Verschneidungsflächen diskutiert werde, dann müsse auch der Bezirksausschuss mitgenommen werden.

Herr Flüchter erwidert, dass es doch Vertretungsregelungen gebe. Außerdem müssten Prioritäten gesetzt werden, es könnten nicht immer die Grünen-Anträge liegen bleiben.

Frau Dr. Spallek wiederholt, dass wenigstens begonnen werden müsse. Wenn wenigstens ein Brief herausgegangen wäre, würde man heute nicht über dieses Thema diskutieren. Vielleicht sollte ein von der Verwaltung organisierter Runder Tisch einberufen werden.

Herr Mollenhauer macht deutlich, dass verwaltungsseitig zurzeit auch ein Runder Tisch nicht betreut werden könne. Und selbstverständlich gebe es eine Vertretungsregelung, nur habe dieser Mitarbeiter zusätzliche Aufgaben, wie z. B. das Citymanagement und das Projekt Wohnen mit Mehr(Wert) zu betreuen. Er hoffe, dass sich die Situation ab April 2018 entschärfe und man dann vorwärts komme.

Herr Brockamp schlägt vor, das Thema auf die Tagesordnung einer der nächsten Bezirksausschusssitzungen zu nehmen.

Herr Flüchter lehnt das ab. Andere Themen würden bedient und die Anträge der Grünen nicht. Entweder es gebe eine personelle Verstärkung oder der Auftrag werde extern vergeben. Mittel in Höhe von 5.000,-- € seien ja vorhanden und würden ansonsten verfallen.

Herr Mollenhauer wirft ein, dass die Bearbeitung des Themas in städt. Hand liegen sollte.

Frau Dr. Spallek betont noch einmal, dass man kein Riesenkonzept benötige, man müsse nur endlich anfangen und sich die Flächen nach und nach vornehmen.

Nach weiterer Diskussion über das weitere Vorgehen weist Herr Brockamp darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt heute der Information diene. Herr Mollenhauer habe zugesagt, dass im April mit der Arbeit an diesem Thema begonnen werde, also werde zu dem Zeitpunkt eine Beratung im Bezirksausschuss bzw. im Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehangelegenheiten erfolgen.

5. Bericht über erforderliche Baumfällungen und Pflegemaßnahmen

Herr Erfmann erläutert mittels Power-Point-Präsentation die vorgesehenen Maßnahmen.

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen soll die an das Betriebsgelände von Westnetz angrenzende ca. 50 – 60 m lange Eschenwallhecke an der Massonneustraße auf den Stock gesetzt werden. Die Hecke weise sehr viel Totholz auf. Durch Pilzbefall und das sogenannte Eschentriebsterben bestehe Bruchgefahr. Wenn die Hecke nicht radikal zurückgeschnitten würde, würde sie in den nächsten 2 – 5 Jahren eingehen. Außerdem seien die Stämme bis oben hin mit Efeu berankt.

Des Weiteren habe die Fa. M & O im Auftrag der Volksbank drei Baumhaseln gefällt. Herr Termersch habe über die Fa. M & O bei der Verwaltung nachfragen lassen, ob die Hainbuche gegenüber dem Parkplatz der Volksbank ebenfalls gefällt werden könne. Herr Termersch habe angeboten, die Kosten für das Fällen und eine Ersatzanpflanzung in Form einer Säulenhainbuche mit einem Stammumfang von ca. 20 – 25 cm zu übernehmen. Ggf. könnten in dem Bereich noch zwei zusätzliche Säulenhainbuchen gepflanzt werden. Grundsätzlich werde der vorhandene Baum in den nächsten Jahren Probleme bereiten.

Herr Flüchter lehnt es ab, einen gesunden stadtbildprägenden Baum zu fällen.

Frau Dr. Spallek weist darauf hin, dass ein alter Baum mehr CO² austausche als ein junger Baum.

Wenn drei neue Bäume als Ersatz für einen Baum angepflanzt werden, dann sei das doch eine Aufwertung und positiv zu bewerten, so Herr Kösters.

Herr Hein unterbreitet den Vorschlag, im Zusammenhang mit der in 2020 geplanten Kanal- und Straßenbaumaßnahme in dem Bereich über das Anpflanzen von drei neuen Bäumen nachzudenken. Dann könne auch für mehr Baums substrat gesorgt und den Bäumen mehr Lebensraum gegeben werden.

Herr Flüchter entgegnet, dass dem vorhandenen Baum mehr Raum gegeben werden sollte.

Herr Brockamp weist darauf hin, dass man drei neue Bäume bekommen könne und der vorhandene Baum irgendwann Probleme bereiten werde. Er schlage vor, dem Vorschlag von Herrn Hein zu folgen, dann bleibe die Hainbuche bis zu der Straßenbaumaßnahme stehen und dann könne man weiter sehen.

Die Ausschussmitglieder schließen sich diesem Vorschlag mehrheitlich an und stimmen den eingangs von Herrn Erfmann vorgestellten Baumfällungen und Pflegemaßnahmen zu. Über die Presse soll die Öffentlichkeit über die Maßnahmen informiert werden.

6. Neubau eines Feuerwehrgerätehauses

Herr Mollenhauer teilt mit, dass bzgl. der Planungen für das neue Feuerwehrgerätehaus ein einfaches Wettbewerbsverfahren durchgeführt werden soll und Feuerwehr und Gestaltungsbeirat eng in die Planungen einbezogen würden.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt für den neuen Standort die Rahmenvorgaben zu ermitteln und ein Verfahren zur entwickeln, einen geeigneten Planentwurf zu erhalten.

Stimmabgabe: einstimmig

7. Mitteilungen

Keine

8. Anfragen**8.1. Grünabfälle im Auenwald an der Berkel - Frau Bosse**

Bezugnehmend auf eine Anfrage von Frau Rawe fragt Frau Bosse nach, warum die Grünabfälle im Auenwald an der Berkel immer noch nicht entfernt wurden.

Herr Erfmann teilt mit, dass die Abfälle bereits vor 14 Tagen per Hand entfernt worden seien. Demnächst werde noch ein Schild „Schutt abladen verboten“ aufgestellt.

8.2. Berkelquellteich - Frau Dr. Spallek

Frau Dr. Spallek erkundigt sich, wie und wann es mit dem Berkelquellteich weiter gehe. Bürger hätten nachgefragt, ob das Loch im Dammbauwerk an der alten Badeanstalt behoben werden könne. Außerdem sollten Gespräche mit der Landwirtschaftskammer geführt werden, damit die Flächen um den Berkelquellteich herum weniger gedüngt werden.

Herr Hein teilt mit, dass die undichte Stelle im Damm an der alten Badeanstalt seit langem bekannt sei. Seitens der Bezirksregierung sei ihm untersagt worden, dort tätig zu werden.

Des Weiteren habe der Angelverein darauf hingewiesen, dass das Wehr nicht mehr dicht ist. Daraufhin sei der Planungsauftrag dahingehend erweitert worden, dass der gesamte Bereich noch einmal überprüft wird und die Optimierung des Wehrs ebenfalls berücksichtigt wird.

Über die Gespräche mit der Landwirtschaftskammer werde voraussichtlich in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses berichtet.

8.3. Eisenbahnbrücke am Ziegeleiweg - Herr Kösters

Zur Nachfrage von Herrn Kösters nach dem aktuellen Sachstand teilt Herr Mollenhauer mit, dass derzeit ein reger Schriftverkehr zwischen dem

Eisenbahnbundesamt und dem von der Stadt beauftragten Anwalt stattfinden.

8.4. Ausbau des Ziegeleiweges zur Fahrradstraße - Herr Kösters

Herr Kösters weist darauf hin, dass die Anlieger bereits im März einen Antrag zum Ausbau des Ziegeleiweges als Fahrradstraße gestellt hätten und bis heute nichts passiert sei.

Herr Mollenhauer führt aus, dass mehrere Anträge zum Ausbau von Fahrradstraßen vorlägen und zurzeit aufgearbeitet werde, welche Bedeutung die Wege haben. Fahrradstraßen im Außenbereich seien eine Besonderheit und die Chancen auf Bewilligung von Fördermitteln nicht sehr groß.

8.5. Schlechter Zustand der Friedhofswege - Frau Branse

Frau Branse bezieht sich auf den heutigen Pressebericht bzgl. des schlechten Zustandes der Friedhofswege und erkundigt sich, wann denn mit einer Verbesserung gerechnet werden könne.

Herr Messing teilt mit, dass bei entsprechender Witterung in der nächsten Woche Splitt aufgebracht werden soll.

Karl-Heinz Brockamp
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin